

08.05.2003

## Postfuhramt

### **Eine (un)endliche Geschichte offener und nicht offener, aber veröffentlichter Briefe**

*Zum Brief von Sven Dietrich an die Betroffenenvertretung Spandauer Vorstadt (BV SpV) in dem er zwei BV-Mitgliedern vorwirft, dass diese als Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) von Bündnis 90/Die Grünen nicht die Interessen der BV SpV vertreten hätten (stadt.plan.mitte April 2003)*



Sven Dietrich – seines Zeichens stadtentwicklungspolitischer Sprecher der PDS-Mitte – rechtfertigt die vollkommene Verweigerungshaltung seiner Partei in der BVV-Mitte zu den Planungen der Post hinsichtlich der Sanierung des Postfuhramtes und einer ergänzenden Hotelhofbebauung. Dass er damit die politischen Mehrheiten in der BVV negierte und diese Verweigerung mehr Schaden als Nutzen einbrachte, darüber verliert er natürlich keine Zeile. Neben vielem allgemein Richtigen balanciert der Verfasser beim wirklich Konkreten dann leider doch oft am Rande der Realität. Er suggeriert in seinem (nicht offenen, aber veröffentlichten) Brief, dass zwei Mitglieder der BV SpV als bündnisgrüne Parteivertreter/innen in der BVV-Mitte nicht die BV-Interessen vertraten und ihm die »Rolle der beiden Betroffenenvertreter nicht nachvollziehbar ist«.

Dass Nachvollziehbarkeit oft im individuellen Auge des Betrachters liegt, ist naturbedingt. Dass die »Betroffenenvertreter« jedoch gegen die Interessen der BV gearbeitet hätten, ist so falsch, dass dieser – nun öffentliche – Vorwurf nicht unbeantwortet bleiben kann.

Bereits in ihrer ersten Stellungnahme vom 21.2.2002 vertritt die BV SpV die Auffassung, dass – auch wenn die Berlinische Galerie die favorisierte Nutzung darstellte – eine Innenhofbebauung zu Hotelzwecken unter bestimmten Bedingungen möglich sein kann. In der Stellungnahme heißt es dazu: »Da die Sanierungsnotwendigkeit des Postfuhramtes anscheinend nicht zu negierende Finanzierungsprobleme aufwirft, können alternative Nutzungen u. U. nicht prinzipiell abgelehnt werden. In diesem Zusammenhang ist eine Hotelnebenutzung durchaus diskutabel, sofern nachfolgend dargestellte Bedingungen eingehalten bzw. berücksichtigt werden: ...«

Für die Umsetzung dieser Bedingungen haben sich die im Brief kritisierten seitdem konstruktiv – natürlich in laufender Abstimmung mit der BV SpV – in der BVV-Mitte eingesetzt. Die einfachere Haltung: »Wir waren dagegen, wir sind dagegen, wir bleiben dagegen, wir werden immer dagegen sein« ist unter religiösen Gesichtspunkten durchaus diskutabel, einer konstruktiven Stadtentwicklungspolitik wird eine solche Verweigerungshaltung ohne Alternative u. E. jedoch nur sehr bedingt gerecht.

Einzig die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hatte einen konstruktiven Planungsvorschlag in die BVV eingebracht. Änderungen sollten u. a. bezüglich der hervorgehobenen Stellung des Postfuhramtes, der Gebäudehöhe und Dominanz des Hotelneubaus im Innenhof erfolgen sowie dessen atriumsartiger Überdachung verhindern. Diese Planungsänderungen sind mehr als nur »kosmetische Veränderung«, wie im Brief fälschlich dargestellt und von jeder/m beim Studium des vollständigen Antragstextes nachvollziehbar ist. Richtig ist, dass die bündnisgrüne Fraktion in der BVV-Ausschusssitzung mit ihren Hauptforderungen scheiterte.

Grund: Die bündnisgrüne Initiative wurde zwischen der – vermutlich von Strieder und Stimmann gleichgeschalteten – investorenfreundlichen SPD (die möglicherweise auch den Neubau des Stadtschlusses an dieser Stelle genehmigt hätte) und der kompromisslosen Totalverweigerung der PDS zerrieben, da auch CDU und FDP den Investorenplanungen positiv gegenüberstanden. Erst nach dem Ergebnis der Ausschusssitzung, als es auch dem Letzten aufging, dass nun die baulich unverträgliche Postplanungsvariante das Rennen macht, kehrte Einsicht in einige politische Akteure ein. Dies ermöglichte wenigstens in der BVV-Sitzung am darauffolgenden Tage - auf Initiative von Uschka Thierfelder und **Frank Bertermann** - noch eine denkmalgerechtere Planungsverbesserung, die massive Hofüberbauung betreffend, durchzusetzen.

Am Ende bleibt die Frage: Wer hat mit seinem Engagement dem Denkmal Postfuhramt den besseren Dienst erwiesen? Diese Frage zu beantworten, möchten wir hier dem/der geneigten Leser/in überlassen.

Letztlich kritisiert der Autor, dass sich die bündnisgrüne Stadtentwicklungsstadträtin Dorothee Dubrau überhaupt mit dem Investor Post an einen Tisch gesetzt hat. Diese Kritik blendet jedoch aus – und daran hat auch eine Senatsregierungsbeteiligung der PDS nichts geändert – dass es andernfalls das SPD-Stadtentwicklungsgespann Strieder/Stimmann sehr einfach gehabt hätte, den Bezirk Mitte wegen totaler Investorenverhinderung zu entmachten und die Genehmigung an sich zu ziehen. Dies wäre die schlechteste aller Lösungen gewesen. Die Wurzeln unserer Auseinandersetzungen liegen jedoch tiefer und bestehen darin, dass die SED-Führung das Gros der denkmalgeschützten Bausubstanz im Allgemeinen (wenn nicht gerade Marx, Engels oder Lenin draufstand) runterwirtschaftete, ohne für den Erhalt zu sorgen und eine Berliner CDU/SPD-Koalition das Land Berlin finanziell so in den Ruin gefahren hat, dass inzwischen eine denkmalgerechte öffentlich finanzierte Sanierung nicht mehr möglich ist.

Sven Dietrich mag es verwerflich finden, dass eine verantwortungsvolle bezirkliche Politik unter diesen Umständen den Versuch unternimmt, eine Lösung zu finden, es sei aber erlaubt, diese Meinung nicht teilen zu müssen.

Frank Bertermann/Uschka Thierfelder  
BVV-Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und seit nunmehr  
12 Jahren Mitglieder der Betroffenenvertretung Spandauer Vorstadt